



Die demokratische Präsidentschaftsanwärterin zu Besuch bei «Tacos» in Las Vegas, Nevada. (12. Oktober 2016)

Finanzmärkte hoffen auf Wahlsieg von Clinton

Historisch ging es der Börse unter demokratischen Präsidenten meist besser. Das dürfte auch diesmal nicht anders sein. **Von Sophie Schimansky, New York**

Wenn es um Banken geht, klingen die Schlachtrufe im US-Wahljahr 2016 trotz allen Differenzen verblüffend ähnlich. «Keine Bank ist zu gross, um zu scheitern», sagte die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton schon im Oktober 2015 bei einem Fernsehauftritt. «Und wenn doch, dann brechen wir sie eben auf.» Auch ihr republikanischer Mitstreiter Donald Trump nutzt die Wut auf die Banker für öffentlichkeitswirksame Auftritte. Er wolle «gegen die Wall-Street-Jungs vorgehen», die «ein Vermögen machen und viel zu wenig Steuern zahlen», versprach er im Interview mit dem Sender Fox News im Frühjahr.

Trotz der vermeintlichen Einigkeit: Es mache einen Unterschied, wer von beiden im Oval Office sitze, sagt Peter Costa. Der Börsenhändler hat im Laufe seiner Karriere drei Demokraten und drei Republikaner als Präsidenten erlebt. Er meint: «Den Märkten ging es unter Demokraten immer besser.»

Entsprechend hoffen die meisten Investoren auf einen Sieg Clintons. Als die ehemalige First Lady nach der ersten Live-Debatte zur deutlichen Gewinnerin erklärt wurde, stiegen

auch die Kurse an der Wall Street. «Unser Problem mit Trump ist, dass wir nicht wissen, was wir bekommen», sagt Costa. Zwar plane er etwa eine Senkung der Unternehmenssteuern von 39 auf 15%. Doch immer wieder verwickelt sich der New Yorker Milliardär in Widersprüche. So kündigte er trotz dem vermeintlich harten Vorgehen gegen den Bankensektor an, die Finanzreform Dodd Frank seines Vorgängers im Falle eines Wahlsieges rückgängig zu machen. Dodd Frank sei «schrecklich» und mache die Banken handlungsunfähig, so Trump.

Pharmafirmen fürchten Clinton

Clinton steht für die Investoren dagegen auch als Demokratin für politische Stabilität und berechenbare Konzepte – selbst wenn die vielen nicht gefallen. «Als Investor kann ich mich darauf einstellen und genau danach investieren», sagt Costa. Das sei vor allem in zwei Sektoren wichtig, die besonders unter politischem Beschuss stehen: Banken und Pharmaunternehmen.

Das Bankensystem sei nach wie vor zu riskant und komplex, heisst es im Wahlprogramm von Hillary Clinton. Sie will die Anfor-

derungen von Dodd Frank – etwa regelmäßige Stresstests und eine höhere Kernkapitalquote – noch aggressiver durchsetzen. Die Finanzelite scheint das zu unterstützen. «Ich bin Hillary-Fan und hoffe, dass sie gewinnt», sagte Warren Buffett, CEO des Finanzkonglomerats Berkshire Hathaway und eine Art Leitwolf der Wall Street, dem Sender CNBC. Vice Chairman Charlie Munger bezeichnete Trump gar als den «letzten Menschen, der Präsident der Vereinigten Staaten werden sollte».

Noch im Vorwahlkampf wäre Clinton die Nähe zur Wall Street fast zum Verhängnis geworden, als bekannt wurde, dass sie für Reden bei der Investmentbank Goldman Sachs und anderen Grossbanken mehrere Millionen Dollar erhalten hatte. Und auch jetzt scheint die Finanzbranche auf das gute Verhältnis zu vertrauen. «Viele Anleger glauben insgeheim, dass sie den Märkten nicht gefährlich werden wird», sagt Oren Cass vom liberalen Think-Tank Manhattan Institute in Washington DC.

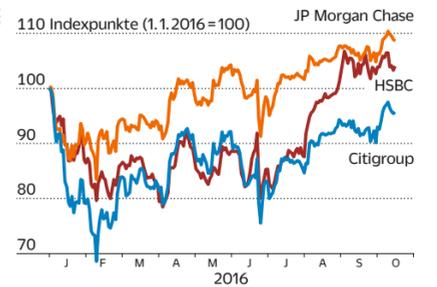
Die Pharmaunternehmen hingegen fürchten sich vor einer Offensive der Demokratin. Clinton hatte schon früh angekündigt, vor allem gegen die hohen Medikamentenpreise vorgehen zu wollen. Als sie vor wenigen

256

aller Elektorenstimmen vereint Hillary Clinton gemäss Umfragen zurzeit auf sich. Donald Trump liegt bei 181 Stimmen. 101 sind noch unentschieden.

Banken profitieren

Aktienentwicklung von JP Morgan Chase, HSBC und Citigroup seit Anfang Jahr



Pharmaunternehmen leiden

Aktienentwicklung von BMS, Mylan und Valeant seit Anfang Jahr



Quelle: Bloomberg

Wochen den Hersteller Mylan angriff, nachdem dieser den Preis für seine Adrenalin-spritze Epipen auf über 600 \$ erhöht hatte, fiel der Kurs in nur zwei Stunden um knapp 6%. «Clintons Worte haben die Angst der Investoren vor einem wachsenden politischen Risiko und vor Veränderungen in der Zukunft geschürt», schreibt Analyst Michael Yee von RBC Capital Markets.

Ähnlich bescherte Clinton der Aktie des kanadischen Unternehmens Valeant noch Anfang des Jahres ein Drei-Jahres-Tief, als sie ankündigte, einen Teil ihrer Kampagne ganz gezielt dessen Preissteigerungen zu widmen.

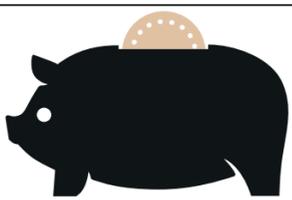
Während Clinton die Gesundheitsreform ihres Vorgängers ausbauen will, kündigte Trump an, das Gesetz in seiner jetzigen Form abzuschaffen. Im Vorfeld hatte die Branche Obamacare gestützt und dank Millionen neu versicherter Amerikaner auf neue Einnahmen gehofft.

Kleiner Spielraum für Reformen

Im Übrigen bleiben die Forderungen des Baumguls auch beim Pharmasektor schwammig. Laut seiner Kampagnen-Website will er es ausländischen Pharmaherstellern erleichtern, ihre Produkte in Amerika zu verkaufen, und so den Wettbewerb unter den Herstellern verschärfen. Zudem will er verhindern, dass Pharmakonzerne ihren Firmensitz ins Ausland verlegen, um Steuern zu sparen.

Egal wer von beiden Kandidaten es am 8. November ins Weisse Haus schafft: «Die Pharmaaktien werden weiterhin unter Druck stehen», sagt Peter Costa. Der Spielraum für weitreichende Reformen bleibt angesichts eines zerstrittenen US-Kongresses ohnehin für beide knapp. «Investoren sollten das bei allen Wahlversprechen niemals aus den Augen lassen», sagt Cass.

In Gleichstellung am Arbeitsplatz investieren



Geldspiegel
Eugen Stamm

Dem Slogan «Frauen an die Macht» kann man auch beim Geldanlagen nachleben. Am 8. März dieses Jahres hat der Vermögensverwalter State Street Global Advisors (SSGA) ein neues Finanzprodukt lanciert. Das Datum ist kein Zufall. Es ist der internationale Frauentag. Der passiv verwaltete Anlagefonds setzt auf Aktien von US-Unternehmen, bei denen die

Zahl der Frauen in Führungspositionen höher ist als im Branchenschnitt. Der Fonds hat bereits über 270 Mio. \$ angezogen. Das zeigt: Es gibt durchaus ein Publikum, welches ethische Kriterien bei der Geldanlage hoch gewichtet. Die Performance des Produktes, in den ersten sechs Monaten seit seiner Auflegung lag allerdings unter der des US-Aktienindex S&P 500. Eine Studie des Indexanbieters MSCI hat zwar festgestellt, dass in der jüngeren Vergangenheit Firmen mit vielen Frauen im Verwaltungsrat bessere finanzielle Resultate erreicht haben als solche mit wenigen. Ob das eine aber der Grund für das andere war, konnten die Studienautoren nicht erhärten. Eine Garantie für bessere künftige Entwicklung der Aktienkurse ist die Geschlechterverteilung nicht.

Ein bereits früher lanciertes Produkt setzt den Akzent auf Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender am Arbeitsplatz. Ein anderes nimmt Aktien von Firmen nur auf, wenn mindestens ein Viertel des Verwaltungsrates weiblich ist oder die

66

Es ist anzunehmen, dass sich Anlageprodukte mit Gender-Fokus schon in einem Jahrzehnt erübrigen, weil ihr Ziel erreicht wurde.

Firmenchefin eine Frau ist. Beiden Produkten ist gemeinsam, dass die Verwaltungskosten deutlich höher sind als die herkömmlicher passiver Fonds. Weil es sich auch nicht um aktivistische Fonds handelt, welche auf eine Änderung der Situation in der Unternehmenswelt hinwirken, sind sie ein teures Statement im Portfolio. Das dürfte erklären, warum solche Produkte nur bescheidene Summen verwalten.

Alle drei Fonds sind auf Firmen in den USA beschränkt. Das Land kennt keine Frauenquote in Verwaltungsräten. Anders ist die Lage in Frankreich oder Norwegen, wo gesetzliche Quoten von 40% gelten. Trotzdem gehen Prognosen davon aus, dass in den USA bis 2027 ein Anteil von 30% in den Verwaltungsräten erreicht sein wird. Schon heute wird jede sechste US-Firma, die im MSCI-World-Index enthalten ist, von einer Chefin geführt. Es ist anzunehmen, dass sich Anlageprodukte mit Gender-Fokus schon in einem Jahrzehnt erübrigen, weil ihr Ziel erreicht wurde.

Zahlen der Woche

162 Mio. l

überschüssige Milch haben amerikanische Farmer allein im Jahr 2016 ausgeschüttet.

9,5 Mio. \$

zahlt die Deutsche Bank als Busse an die US-Börsenaufsicht, weil börsenrelevante Informationen mit Kunden geteilt wurden.

5100 Mrd. \$

So viel Vermögen besitzen laut einer neuen Studie die rund 1400 Milliardäre dieser Welt.